

- 1) Video: Antirassistischer Einkauf in Spandau
- 2) Artikel Neues Deutschland vom 12.12.2005
- 3) Artikel indymedia, 11.12.2005
- 4) Berliner Zeitung vom Samstag, 10.12.2005
- 5) Berliner Morgenpost vom Freitag, 09.12.2005
- 6) Artikel indymedia, 8.12.2005
- 7) Artikel bei indymedia vom 01.11.2005
- 8) Artikel der taz vom 28.10.2005
- 9) Artikel Neues Deutschland vom 21.10.05

1) Video: Antirassistischer Einkauf in Spandau, von freundeskreis v i d e o c l i p s - 16.12.2005 00:47

Rückblickvideo: "Am 10.12. hat die Initiative gegen das Chipkartensystem ihren traditionellen antirassistischen Weihnachtseinkauf im Minimal in der Goltzstraße in Spandau (Berlin) abgehalten."

<http://de.indymedia.org/2005/12/135170.shtml>

2) Artikel Neues Deutschland vom 12.12.2005 – nur in der Printausgabe

Keine Teekannen für Flüchtlinge in Spandau

Antirassistischer Einkauf und Kundgebung gegen diskriminierendes Chipkartensystem

Von Miriam Neebe

Die „Initiative gegen das Chipkartensystem“ lud am Samstag in Spandau zu einem weiteren antirassistischen Einkauf ein. Vor dem Minimal in der Goltzstraße trafen sich 50 junge Menschen sowie Familien mit Kindern, um mit den Chipkarten einzukaufen und deren Inhabern das Bargeld zu erstatten. Die Öffentlichkeit soll mit diesen Aktionen auf eine diskriminierende Praxis aufmerksam gemacht werden.

Auf die elektronisch lesbaren Chipkarten, die wie EC-Karten verwendet werden, wird Flüchtlingen einmal im Monat ihre Sozialhilfe ausgezahlt. Da die Verteilung der Familien auf die Verwaltungsbezirke nach Geburtsmonaten erfolgt, kann es passieren, dass Flüchtlinge, die in Hellersdorf wohnen, nach Spandau zum Sozialamt fahren müssen. Weiterhin sind diese Karten nur in etwa 20 Läden und lediglich zwei Apotheken in ganz Berlin „einlösbar“. Die so entstehenden langen Anfahrtswegen zum Einkaufen und Karte aufladen müssen von den 10 bis 40 Euro Taschengeld finanziert werden, das den Flüchtlingen in bar ausgezahlt wird.

Dieses Geld muss aber außerdem noch für all das reichen, was es in den Chipkartengeschäften nicht gibt. Ferner ist es den Flüchtlingen nicht möglich zu sparen, denn Geld, das beim monatlichen Besuch beim Sozialamt noch auf der Karte ist, verfällt.

Nachdem während der Sozialausschusssitzung des Bezirks Reinickendorf am 22. November die Kündigung des Chipkartenvertrages mit der Firma Sodexo zum 15. Februar angekündigt wurde, ist nunmehr Spandau der letzte Bezirk, in dem das System noch gilt. Rund 70 Familien in Berlin sind noch davon betroffen. Deshalb richtet die Initiative ihre Kampagne nun gezielt gegen die starrsinnige Haltung der verantwortlichen CDU- und FDP-Abgeordneten in Spandau, die mit ihrer knappen Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung an der Sonderregelung auch weiterhin festhalten wollen.

Die vom Bezirk Spandau „verwalteten“ Flüchtlinge werden also weiterhin an Supermarktkassen diskriminiert. Andere Kunden beschwerten sich nicht selten, dass das Kartenprozedere zu lange dauert oder die Verkäuferin erklärt, dass diese „besonderen“ Kunden dieses oder jenes Produkt nicht kaufen dürfen.

Formal haben sie Recht, denn mit der Chipkarte kann man längst nicht alles kaufen, was man möchte. Non-Food-Artikel wie Alkohol und Zigaretten sind grundsätzlich nicht erlaubt. Bei anderen Non-Food-Artikeln ist man der Willkür des Ladens oder der Verkäuferin ausgesetzt. Beim Einkauf am Samstag gingen Non-Food-Artikel wie Kartoffelschäler, Kinderspielzeugautos und Kondome über die Ladentheke, während andere wie Teekanne und Meerschweinchenfutter im Laden blieben.

3) Antirassistischer Einkauf in Spandau (Berlin)

von freya fluten - 11.12.2005 20:01

Bild Am 10.12. hat die Initiative gegen das Chipkartensystem ihren traditionellen antirassistischen Weihnachtseinkauf im Minimal in der Goltzstraße in Spandau (Berlin) abgehalten. Wie wir schon berichtet

haben ist nach dem Ausstieg Reinickendorfs zum 15.2.06 Spandau der letzte Berliner Bezirk, der am diskriminierenden Chipkartensystem für Flüchtlinge festhält. Ungefähr 50 Menschen protestierten gegen die rassistische Sonderbehandlung von Flüchtlingen.

Am 10.12. hat die Initiative gegen das Chipkartensystem ihren traditionellen antirassistischen Weihnachtseinkauf im Minimal in der Goltzstraße in Spandau abgehalten. Wie wir schon berichtet haben ist nach dem Ausstieg Reinickendorfs zum 15.2.06 Spandau der letzte Berliner Bezirk, der am diskriminierenden Chipkartensystem für Flüchtlinge festhält.

Ungefähr 50 Menschen, darunter auch VertreterInnen der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung protestierten gegen die rassistische Sonderbehandlung von Flüchtlingen. Das Hauptanliegen lag auf dem Protest gegen den institutionellen Rassismus des Bezirks und die Aufklärung der EinkäuferInnen. Darüberhinaus wurden bei einem gemeinsamen antirassistischen Einkauf weit mehr als 700 € umgetauscht und das Geld den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Als Höhepunkt der Umtauschaktion hat die Initiative den "skurrilsten Non-Food-Artikel" prämiert.

Da die Spandauer CDU die Diskriminierung der Flüchtlinge durch den Umtausch gefährdet sieht, fordert sie inzwischen personengebundene Karten. Aber auch diese Maßnahme wird den Umtausch nicht verhindern können, denn immerhin gibt es auch dann die Möglichkeit mit einer Vollmacht oder im persönlichen Kontakt einzukaufen. Da die Chipini in den letzten Jahren wesentlich mehr Karten umgetauscht hat und sich Voküs, Partykollektive, WGs und an dem Umtausch beteiligen, wird es ein leichtes sein, diese zusätzliche Schikane zu umgehen. Da sich die Spandauer Bezirkssynode gegen das rassistische System ausgesprochen hat, könnten sich sogar teilweise Kirchengemeinden verstärkt am Umtausch beteiligen. Die Anti-Chipkarten-Ini geht davon aus, daß im Frühjahr alle verbleibenden 70 Chipkarten regelmäßig umgetauscht werden können - falls der Bezirk bis dahin nicht schon aus dem Verfahren ausgestiegen ist.

Die Chancen dafür stehen nach dem Rückzug Reinickendorfs und der drastisch sinkenden Zahl der Läden mit einem Chipkartenlesegerät nicht schlecht. In einer Umfrage bei den 19 verbleibenden Läden haben wir erfahren, daß die meisten kaum noch Umsatz mit der Karte machen und die Kosten für das System sich dort nicht mehr rentieren, was neben den Protesten auch den Ausstieg von inzwischen 3/4 der ursprünglichen Geschäften erklärt. Inzwischen gibt es in vielen Bezirken keine Läden mehr und nur in den Bezirken mit einer aktiven Umtauschgemeinde machen die Geschäfte noch Umsatz.

Um diesen Prozeß noch zu beschleunigen ist es wichtig, daß die Berliner Projekte weiterhin und verstärkt am Umtausch teilnehmen und die Läden überzeugen aus dem Chipkartensystem auszusteigen.

P.S. den Preis für den skurrilsten Non-Food-Artikel erhielten die KäuferInnen einer aufblasbaren Gummimaske - hoch lebe der solidarische Konsum!

e-Mail: konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com
oder <http://www.chipkartenini.squat.net/>

Quelle und Kommentare:
<http://germany.indymedia.org/2005/12/134859.shtml>

4) Berliner Zeitung vom Samstag, 10.12.2005

Asylbewerber dürfen wieder mit Bargeld einkaufen
Reinickendorf schafft Chipkarten ab, Spandau bleibt dabei
REINICKENDORF/SPANDAU. Der Bezirk Reinickendorf schafft die umstrittenen Chipkarten für Asylbewerber ab. Die 60 Asylbewerber, die der Bezirk betreut, erhalten bislang vom Sozialamt statt Barm lediglich Plastikgeld, mit dem sie nur in bestimmten Geschäften Lebensmittel einkaufen können. "Ich halte die Chipkarte noch für richtig, aber der Aufwand für die wenigen Asylbewerber lohnt sich nicht mehr", sagte am Freitag Sozialstadtrat Frank Balzer (CDU). Deshalb hat der Bezirk den Vertrag mit dem Chipkarten-Betreiber Sodexo zum Februar 2006 gekündigt. Nur der Bezirk Spandau hält dann noch an dem Chipkartensystem fest.

Die Berliner Initiative gegen das Chipkartensystem zeigt sich von Balzers Kehrtwende überrascht. Der Sozialstadtrat hatte die Chipkarten immer befürwortet, weil damit Missbrauch vermieden werden könne. So gebe es weniger Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge, nach Deutschland zu kommen, hatte Balzer früher gesagt. "Ich kann den Verwaltungsaufwand jetzt nicht mehr rechtfertigen, zudem gibt es nur noch 20 von ehemals 100

Geschäften, die die Karten akzeptieren", so Balzer. Sollten die Asylbewerberzahlen wieder ansteigen, "werde ich die Chipkarten wieder einführen".

Der Senat hatte schon vor zwei Jahren das Chipkartensystem für die von ihm betreuten Flüchtlinge abgeschafft. Ab 2004 zahlten die Bezirke Mitte, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln wieder Bargeld aus, alle anderen Bezirke hatten die Karten gar nicht erst eingeführt.

Die Anti-Chipkarten-Initiative will nun die "diskriminierende Sonderregelung in Spandau" kippen. Sie ruft im Internet für diesen Sonnabend zu einem "antirassistischen Einkauf" auf. Sozialstadtrat Axel Hedergott (SPD), der 74 Asylbewerber betreut, setzt auf die Vernunft von CDU und FDP, die bisher die Aufhebung des Chipkartensystems blockiert haben. Wie Hedergott sagte, wolle er im Januar mit allen Fraktionen reden, um Möglichkeiten für einen Kompromiss auszuloten.

Quelle:

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/1210/lokales/0091/index.html>

5) Berliner Morgenpost vom Freitag, 09.12.2005

Abschied von der Chipkarte

Reinickendorf steigt aus - Als einziger Bezirk will nun nur noch Spandau Asylbewerbern kein Bargeld geben
Von Marianne Rittner und Helga Labenski

Reinickendorf verabschiedet sich vom Chipkartensystem für Flüchtlinge. "Wir werden den Vertrag zum März 2006 kündigen", sagt Sozialstadtrat Frank Balzer (CDU). Reinickendorf und Spandau sind derzeit noch die einzigen Bezirke, die mit dem Chipsystem arbeiten. Statt Bargeld erhalten die Asylbewerber eine Karte, mit der sie in etwa 20 Läden in der Stadt Lebensmittel kaufen können. Balzer betont: "Ich halte die Auszahlung per Chipkarte immer noch für richtig." Jedoch lohne sich der Aufwand für die 60 von Reinickendorf betreuten Personen nicht.

Das Land hat schon 2003 den Vertrag mit dem Chipkarten-Betreiber Sodexo gekündigt, der eine Provision von zirka einem Prozent auf die Kartengutschrift erhält. "Es ist preiswerter, Flüchtlingen das Geld bar auszuzahlen. Außerdem ist es diskriminierend und menschenunwürdig", so Roswitha Steinbrenner von der Senatssozialverwaltung. Erschwerend komme hinzu, daß die "Initiative gegen das Chipkartensystem" das Anliegen unterlaufe, die Flüchtlinge vor sich selbst zu schützen. Mitglieder dieser Initiative kaufen per Chipkarte ein und zahlen Bargeld an den Karteninhaber aus. Hauptkritikpunkt der Initiative: Mit der "Infracard" können Asylbewerber nur Lebensmittel kaufen. Für Fahrkarten beispielsweise bleibe kein Geld übrig. Die Flüchtlinge werden - abhängig von ihrem Geburtsdatum - in verschiedenen Bezirken betreut, also nicht unbedingt in ihrem Wohnbezirk. Medikamente können nur in zwei Berliner Apotheken erstanden werden. In Spandau und Reinickendorf gibt es jeweils nur einen Supermarkt, der die Karte akzeptiert.

Spandau will dennoch als einziger Bezirk weiter an dem System festhalten. Die Bezirksverordneten-Versammlung hat auf ihrer jüngsten Sitzung mit den Stimmen von CDU und FDP einen Antrag der Union angenommen, wonach die Sicherheitsvorkehrungen sogar verschärft werden sollen. Das Bezirksamt soll sicherstellen, daß die Karten personengebunden sind, um den Weiterverkauf zu erschweren. "Wir wollen verhindern, daß Menschen Geld bekommen, das ihnen nicht zusteht", so der CDU-Bezirksverordnete Arndt Meißner. Sozialstadtrat Axel Hedergott (SPD) teilt jedoch die Bedenken wegen des zu hohen Verwaltungsaufwands für die 76 in Spandau betreuten Asylbewerber. Er will im Januar die Fraktionen zum Gespräch über die Chipkarten bitten, um "eine pragmatische Lösung zu finden".

Die "Initiative gegen das Chipkartensystem" hat unterdessen angekündigt, ihre Aktivitäten auf Spandau zu konzentrieren. Am Sonnabend soll es erneut einen "antirassistischen Einkauf" bei Minimal an der Goltzstraße geben.

Quelle:

<http://morgenpost.berlin1.de/content/2005/12/09/bezirke/797328.html>

6) Chipkartenini (Berlin) hat neuen Erfolg

von freyafluten - 08.12.2005 13:13

Am 22. November verkündete der Sozialstadtrat von Reinickendorf, Balzer (CDU), im Sozialausschuss, dass die Sozialverwaltung des Bezirkes am 15. November den Vertrag mit der Firma SODEXHO, die das Chipkartensystem für Flüchtlinge betreibt, gekündigt hat. Das bedeutet, dass ab dem 15. Februar auch in Reinickendorf Bargeld an alle Flüchtlinge ausgezahlt wird.
Reinickendorf (Berlin) steigt aus dem Chipkartensystem für Flüchtlinge aus –
Spandau nun einziger verbliebener Bezirk

Am 22. November verkündete der Sozialstadtrat von Reinickendorf, Balzer (CDU), im Sozialausschuss, dass die Sozialverwaltung des Bezirkes am 15. November den Vertrag mit der Firma SODEXHO, die das Chipkartensystem für Flüchtlinge betreibt, gekündigt hat. Das bedeutet, dass ab dem 15. Februar auch in Reinickendorf Bargeld an alle Flüchtlinge ausgezahlt wird.

Reinickendorf ist Nachzügler in einer Entwicklung, die im Juli 2003 begann, als die Sozialverwaltung des Landes Berlin ihren Vertrag mit SODEXHO kündigte. In der Folge stiegen auch die Bezirke Mitte, Tempelhof/Schöneberg und Neukölln aus ihren jeweiligen Umsetzungen des Sachleistungsprinzips aus und zahlten Bargeld aus. Nur Reinickendorf und Spandau hielten am Chipkartensystem fest. Wenn Reinickendorf nun aussteigt, haben wir also die Situation, dass es nur in Spandau eine Sonderregelung für Flüchtlinge gibt. Die jetzige Entscheidung der Sozialverwaltung ist insofern überraschend, als es in der Reinickendorfer BVV mehrfach Anträge gab, das Chipkartensystem abzuschaffen, die immer von der CDU und der FDP niedergestimmt wurden. Namentlich Herr Balzer sah die Flüchtlingspolitik wohl bisher als Möglichkeit, sich als „harter Hund“ innerhalb der CDU zu profilieren und gab sich persönlich davon überzeugt, das Chipkartensystem auch dann fortführen zu müssen, wenn alle anderen schon ausgestiegen seien. Nun hat Herr Balzer einen Teil der Argumentation der GegnerInnen des Systems übernommen: In der Sozialausschusssitzung gab er als Begründung für die jetzige Entscheidung an, dass es nur wenige Akzeptanzstellen für die Chipkarten gibt, so dass die EmpfängerInnen der Chipkarten für ihre Einkäufe zu langen Wegen gezwungen sind, was zusätzliche Fahrtkosten mit sich bringe.

Was Herr Balzer sagt, ist nicht falsch: Seit 2003 ist die Zahl der Läden in Berlin, die die SODEXHO-Karte akzeptieren, von über 80 auf heute nicht mal 20 gesunken. In großen Teilen Berlins, so im kompletten Südosten, gibt es solche Läden gar nicht mehr. Das ist jedoch nur ein Teil der Probleme, die dieses diskriminierende System für die betroffenen Flüchtlinge mit sich bringt. Und ein klein wenig skeptisch bleiben wir auch, was das plötzliche Interesse Balzers am Budget der Flüchtlinge/ MigrantInnen betrifft: Es ist wohl eher zu vermuten, dass der finanzielle Mehraufwand, den sich die Bezirke (und bundesweit die Kommunen) diese rassistische Diskriminierung kosten lassen, nun auch endlich für Reinickendorf nicht mehr lohnenswert war. Die gesunkenen Zahlen derer, die mit diesem System schikaniert werden können, stehen vermutlich einfach nicht mehr im Verhältnis zu den Mehrkosten - und Herr Balzer ist einer von denen, die stolz sind auf jeden Cent, den sie im Sozialbereich sparen können. Dass es uns in diesem Fall freut, ändert nichts an der Tatsache, dass es bei dem System prinzipiell darum geht, Menschen aufgrund ihrer Herkunft schlechter zu behandeln als andere, also um rassistische Sondergesetze. Auch wenn in anderen Kommunen bundesweit auch noch mehr Schweinereien gibt, wie z.B. außer Chipkarten und Gutscheinen auch noch Fresspakete oder Zwangs- Vollverpflegung, so sind die Chipkarten dennoch ein zusätzliches Problem für Menschen, die eh schon mit staatlichem und alltäglichem Rassismus zu kämpfen haben.

Mit den Chipkarten können in den wenigen Läden nur bestimmte Waren, nämlich „Nahrungsmittel, Körperpflegeartikel und Haushaltsgegenstände“ erworben werden. Alkoholika und Zigaretten dürfen nicht gekauft werden, auch keine Druckerzeugnisse; vor allem aber können sämtliche Dienstleistungen, angefangen von BVG- Fahrscheinen über Porto- und Telefonkosten bis hin zu den für Flüchtlinge im Asylverfahren natürlich unerlässlichen AnwältInnen nicht bezahlt werden. Das Chipkartensystem beinhaltet noch viele weitere kleine und große Schikanen, so kann man z.B. mit den Karten nicht sparen: Sie werden einmal im Monat im zuständigen Sozialamt aufgeladen; ist zu diesem Zeitpunkt noch Guthaben auf der Karte, so verfällt dies.

Erfolg für die GegnerInnen des Chipkartensystems

Von vielen Seiten hat es in den vergangenen Jahren Druck auf die Bezirke Reinickendorf und Spandau gegeben, diese rassistische Diskriminierung zu beenden. Ohne diesen Druck wäre es zweifelsohne nicht zu dieser Entscheidung Balzers gekommen. Wir begrüßen diese Entscheidung und bewerten sie als Erfolg für uns. Als Initiative gegen das Chipkartensystem engagieren wir uns seit bald sechs Jahren gegen diese rassistische Sonderregelung. Unter anderem organisieren wir PatInnenschaften, d.h., UnterstützerInnen gehen mit Flüchtlingen einkaufen. Bezahlen mit ihren Chipkarten und geben ihnen den entsprechenden Betrag in bar wieder. Doch nicht nur wir vermitteln solche PatInnenschaften; es ist in den letzten Jahren ein nicht überschaubares Netz der Solidarität entstanden. Deswegen kann davon ausgegangen werden, dass nahezu alle vom Chipkartensystem betroffenen Flüchtlinge eine Möglichkeit haben, ihre Karte gegen Bargeld zu tauschen. Das müssen sie auch, denn es ist faktisch nicht möglich, ohne Bargeld in Berlin zu überleben. Das alles ist den

zuständigen PolitikerInnen natürlich auch bekannt – das weitere Festhalten an diesem System im Bezirk Spandau muss als Mischung aus trotzigem Rechthabenwollen und blankem Rassismus bewertet werden.

Und Spandau?

Am 19. Oktober veranstalteten der Migrations- und Integrationsbeirat Spandau und die Initiative gegen das Chipkartensystem (wie berichtet) gemeinsam eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Chipkarten für Flüchtlinge in Spandau“, an der u.a. VertreterInnen aller Fraktionen und Gruppen der Spandauer BVV teilnahmen. In der Diskussion sprachen sich die VertreterInnen von SPD, PDS und AL/Grünen für die sofortige Bargeldauszahlung aus, nur die Vertreter von CDU und FDP, die in der BVV die Mehrheit stellen, bestanden auf dem Chipkartensystem. Jetzt, nur wenige Wochen später, sieht auch die Reinickendorfer CDU ein, dass dieses System nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Auch wenn die Gründe, die Herr Balzer nennt, natürlich nur ein kleiner Teil der tatsächlich gegen das Chipkartensystem sprechenden Punkte ist, so sind sie ja richtig und werden für die verbliebenen, von Spandau verwalteten Flüchtlinge noch gravierender werden: Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass nun weitere Läden aus diesem System aussteigen werden, so dass es kaum noch möglich sein wird, mit diesen Karten einzukaufen. In Spandau selbst z.B. akzeptiert schon jetzt nur noch ein Supermarkt, der Minimal in der Goltzstraße, die SODEXHO-Karten.

Nachdem die PatInnenschaften, die bisher an Flüchtlinge, die vom Bezirksamt Reinickendorf verwaltet wurden, jetzt ja auslaufen werden, sind wir uns sicher, dass es uns möglich sein wird, jedeN ChipkartenempfängerIn vom Bezirksamt Spandau mit einer PatInnenschaft zu versorgen. Deswegen wäre alles andere als eine baldige Abschaffung des Chipkartensystems auch in Spandau eine absolut nicht nachvollziehbare Entscheidung.

Wir hoffen sehr, dass die Spandauer LokalpolitikerInnen möglichst bald zur Vernunft kommen, dem Beispiel ihrer Reinickendorfer KollegInnen folgen und den Vertrag mit SODEXHO ebenfalls kündigen. Bis dahin werden wir, die Initiative gegen das Chipkartensystem, aber gemeinsam mit unseren UnterstützerInnen und den Betroffenen eine gezielte Kampagne in Spandau fahren.

Dazu brauchen wir aber natürlich Eure Hilfe und Unterstützung: Solange es die Chipkarten noch gibt, brauchen wir dringend Leute, die sich solidarisch zeigen und mit denen Betroffenen einkaufen gehen. Es wird 1:1 umgetauscht, Ihr macht Eure regulären Einkäufe auf Karte und die Flüchtlinge bekommen das Bargeld. Einfacher geht es eigentlich kaum konkret was gegen rassistische Diskriminierung zu tun, den Einkauf tun jawohl die Meisten regelmäßig.

Also: kommt vorbei, holt Euch die Karten und unterstützt die Flüchtlinge praktisch und/oder noch besser: Kommt am 10. Dezember um 13 Uhr zum öffentlichen antirassistischen Einkauf im Minimal in der Goltzstraße 15 in Spandau. Hier werden wir zum einen gegen das Chipkartensystem protestieren, zum anderen werden wir offen zeigen, wie weitgehend es heute schon obsolet ist, indem wir den Flüchtlingen das Bargeld geben, was zu einem halbwegs autonomen Leben nötig ist.

Dabei ist eine breite Beteiligung wichtig, auch wenn Ihr nicht einkaufen wollt/ könnt, ist Masse-Bilden gerade in Spandau sinnvoll, damit möglichst viele Menschen mitbekommen, das und warum wir da sind.

Initiative gegen das Chipkartensystem

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: 030/41935839 (Do. 19 -20 Uhr) Fax: 030/41936868 Mobil: 0160/3410547 www.chipkartenini.squat.net/

Bürozeiten: Do. 19-20 Uhr und ab FEBRUAR 2006: Dienstag 19 - 20 Uhr!!!

Quelle und Kommentare:

<http://de.indymedia.org/2005/12/134632.shtml>

7) Antirassistische Aktionen (in Berlin) Teil 2

von freyaflutenundderchipinimob - 01.11.2005 22:22

Auch supra selbstgeschriebener Bericht über die Aktivitäten der „Initiative gegen das Chipkartensystem“ der letzten Monate in Berlin, weil wir zeitnahe Berichte einfach nicht geschafft haben: Podiumsdiskussion in Spandau (Teil 2)!

Teil 2: Podiumsdiskussion in Spandau:

Spandau und Reinickendorf sind die letzten beiden Bezirke in Berlin, die Flüchtlingen und MigrantInnen immer noch die gekürzte „Hilfe zum Lebensunterhalt“ nicht in Bargeld, sondern auf Chipkarten auszahlen. Während es vor circa 2 Jahren wenigstens noch 64 Läden gab, die diese Form der Bezahlung akzeptierten, sind es

mittlerweile nur noch 24 Geschäfte in ganz Berlin, die von dem System profitieren. Was erst einmal positiv klingt, bedeutet für die Betroffenen unverhältnismäßig weite Wege bei jedem Einkauf und zwingt sie, ihre maximal 40 Euro Bargeld (das so genannte „Taschengeld“) fürs Milchkaufen der BVG (Berliner Verkehrsnetz) in den Rachen werfen zu müssen.

In Spandau sind circa 70 Familien und Einzelpersonen von diesem System staatlicher Diskriminierung betroffen, das die CDU/FDP-regierte BVV (Bezirksverordnetenversammlung) mit allen Mitteln verteidigt. Um erfolgreich weiter an unserer Kampagne neuer Aktionsformen zu stricken, hatten wir uns im Sommer entschlossen, in Spandau eine Diskussionsveranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Migrations- und Integrationsrat Spandau zu organisieren, um die Bevölkerung und ParteienvertreterInnen vor Ort zu informieren bzw. zu einer Stellungnahme herauszufordern.

Am 19.10.2005 folgten dann auch über 50 Menschen unserer Einladung unter dem Motto: "Diskriminierung von Flüchtlingen in Spandau?!". Die Zusammensetzung war relativ heterogen: ein großer Teil waren Betroffene und vom Integrationsrat mobilisierte Menschen, die somit mit der Materie zum Teil unangenehm genau vertraut waren, aber es gab auch interessierte BürgerInnen und eine Fraktion der Jungen Union, die ihrem Idol Arndt Meißner (CDU) Beifall klatschen wollten. Auf dem Podium saßen eine Betroffene, eine Vertreterin des Integrationsrates, je eine Abgeordnete der Linkspartei und der GRÜNEN, ein Vertreter der SPD, FDP und CDU. Im Vorfeld waren wir uns unsicher gewesen, ob wir den Leuten, die das Chipkartensystem aufrecht halten und verteidigen, überhaupt ein Podium bieten wollen, im Nachhinein waren es aber genau ihre Bemerkungen, die das Menschenverachtende dieses Systems für alle deutlich machten. Den Auftakt machte ein Referat der INI, dessen Formulierung, so genannte „Schlepperbanden“ als „mittelständische Unternehmen“ zu bezeichnen, die eben so lange nötig sind, wie Menschen daran gehindert werden, ihren Aufenthaltsort selbst wählen zu können, dem CDU-Typen den Rest der Veranstaltung keine Ruhe mehr ließen. Völlig empört war der gute Mann, dass eine Überwindung der Grenzen der Festung Europa mit gutbürgerlicher, kapitalistischer Wortwahl belegt wurde und das er äußerte er vehement mehrmals.

Anschließend erzählte die (ehemalige) Betroffene des Chipkartensystems von dem mühsamen Prozedere des Einkaufens, von defekten Lesegeräten, von rassistischen Pöbeleien an den Supermarktkassen und wie es ist, in der BRD quasi ohne Bargeld zurechtzukommen zu müssen. Dem FDP-Mann Kai Gersch fiel dazu nichts Besseres ein als einzuwerfen, auch „Deutsche könnten nicht jederzeit überall einkaufen“ und bewies damit, wie wenig er sich mit der Thematik und der Bedeutung für die Betroffenen auseinandergesetzt hatte. Es bleibt zu spekulieren, welches traumatische Ereignis ihm widerfahren sein mag (Sonntagabend um 23 Uhr am Ostbahnhof keinen Kaviar mehr gekriegt?) – das es niemals zu vergleichen sein kann mit 141,00 Euro auf Chipkarte im Monat nur in bestimmten Läden einkaufen gehen zu können, oft nur an einer extra ausgeschilderten Kasse, in Berlin zeitweise in einem Laden mit extra „Einkaufsbeschränkungszeiten für KartenbesitzerInnen“ und der Kontrolle der Waren durch die VerkäuferInnen und das Gemecker durch die anderen KundInnen durch die Verzögerung an der Kasse, das bleibt Fakt.

Die anderen drei ParteienvertreterInnen waren sich in ihrer Ablehnung des Chipkartensystems einig, wenn auch die Kritik von den GRÜNEN und der PDS wesentlich weitreichender war als die der SPD. Die GRÜNENfrau berichtete von ihren eigenen Erfahrungen, da sie schon länger mit Betroffenen einkaufen geht (wie auch die Abgeordnete der Linkspartei) und lud gleich die beiden CDU/FDP-Delegierten ein, doch gerne mal mitzukommen. Das freundliche Angebot wurde aber abgelehnt.

Im Verlauf der Veranstaltung heizte sich die Stimmung immer mehr auf, was vor allem daran lag, dass weder der CDU- noch der FDP-Typ ein Blatt vor den Mund nahmen und ihre Hauptargumente für die Chipkarten bei allen anderen als extrem beleidigend wahrgenommen wurden. Ihre Punkte waren, dass man mit diesen Karten Flüchtlinge vor Erpressungen durch Schlepper schützen würde, die Familien davor bewahre, dass `der Familienvater das ganze Geld versaufe` und den Aufenthalt in der BRD so unattraktiv wie möglich mache, was andere davon abhalten würde hierher zu kommen. Und überhaupt: wer wirklich vor Hunger und Tod geflohen sei, der/die habe gefälligst alles zu akzeptieren und dankbar zu sein, so die Grundhaltung. Applaus gab es dafür nur von der Fraktion der Jungen Union.

Bei soviel Pseudopaternalismus und Unterstellung in Einem waren viele der TeilnehmerInnen fast sprachlos vor Wut und die Moderatorin war um ihre Aufgabe wirklich nicht zu beneiden. Als der CDU-Typ auch noch bejahte, dass, abgesehen vom „Schlepperargument“ diese Argumentation natürlich auch für ALG II EmpfängerInnen gelten würde, und er auch ihnen gerne Chipkarten statt Bargeld auszahlen würde, wurde zumindest öffentlich unsere Analyse bestätigt, dass derartige Mechanismen der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung erst immer an den Schwächsten bzw. denen ohne Lobby getestet werden, um sie dann im „Erfolgsfall“ nach der Erprobung auf alle anzuwenden, die nicht „nützlich“ genug sind, nach der kapitalistischen Verwertungslogik.

Auf der anderen Seite wurde neben der Darstellung der Bedeutung der Karten im Alltag auch darauf verwiesen, dass gerade die Verweigerung der Bargeldausgabe es für Flüchtlinge und MigrantInnen sehr schwer macht, eine Anerkennung anwaltlich durchzusetzen und sie zudem kriminalisiert, in dem es ihnen geradezu aufgedrängt wird, gegen das faktische Arbeitsverbot zu verstoßen und illegal doch einer Beschäftigung nachzugehen oder ohne Fahrschein zu fahren, da die BVG-Preise nicht kompatibel sind mit der „Taschengeld“-Höhe. An dieser

Stelle kam es zu dem einzigen politischen Zugeständnis des FDP-Delegierten, als erklärt wurde, dass auch diese 41,00 Euro „Taschengeld“ gekürzt oder gar nicht ausgezahlt werden können, wenn der/dem Betroffenen unterstellt wird, sie/er sei nur wegen der Sozialleistungen hier, und so viele Betroffene in Spandau nur 10 Euro im Monat erhalten würden. Auf die Nachfrage von Georg Claasen vom Flüchtlingsrat an den FDP-Typ, was er denn glaube wie oft mensch mit 10,00 Euro im Monat die BVG nutzen könne, errechnete dieser 4 Fahrten im Monat (Ein Ticket, 2 Stunden gültig aber nur in eine Richtung kostet 2,10 Euro). Das bedeutet, dass Betroffene mit gekürztem Taschengeld genau 2x (Hin- und Rückweg) im Monat legal die BVG nutzen können, wobei eine dieser Fahrten schon zum Sozialamt gemacht werden muss um die Karte aufladen zu lassen. Der CDU-Delegierte konnte hier kein Problem erkennen, der FDP-Mensch räumte immerhin ein, es solle sich vielleicht doch dafür eingesetzt werden, dass die Betroffenen auch das Sozialticket des Senats bekommen. Ein kleiner Erfolg!?

Gegen 21 Uhr war klar, dass die verschiedenen Positionen (wie eigentlich auch erwartet) nicht kompatibel sind und da gerade für die Betroffenen die Arroganz und Ignoranz der politisch Verantwortlichen schwer zu ertragen war, brachen wir die Diskussion dann auch ab.

Insgesamt erfreulich, dass es (für Spandau) so viele Leute dorthin geschafft haben und das nächste Ziel wird es sein, für alle Betroffenen UmtauschpatInnen zu organisieren, um das System ad absurdum zu führen.

Auf jeden Fall kommen wir wieder und keine Ruhe für die Mitte gilt auch in Spandau – die nächste Aktion wird der traditionelle Scheiß-auf-Weihnachten-Einkauf der Ini sein, dieses Jahr am 14.12. um 13:00 Uhr und natürlich in Spandau (Goltzstraße 15).

Wer schon vorher mehr Informationen zu Chipkarten haben möchte, kann sich gerne an uns direkt wenden (persönlich donnerstags zwischen 19 und 20 Uhr im Haus der Demokratie, VH, 1. Stock, in der Greifswalder Straße 4 – Tramstation „Am Friedrichshain“/ via Mail an: konsumfuerfreiesfluten@yahoo.de / oder über die homepage: <http://www.chipkartenini.squat.net/>).

Quelle:

<http://de.indymedia.org/2005/11/131286.shtml>

8) Artikel im Neues Deutschland vom 21.10.05
Verzweiflung und Ignoranz
In Berlin wurde über Chipkarten diskutiert

Von Haidy Damm

Alltag, immer wieder geht es um den Alltag an diesem Abend im Spandauer Kulturhaus in Berlins Norden. Der kleine Saal ist über den letzten Stuhl hinaus gefüllt. Die Stimmung unter den rund 70 Zuhörern ist gespannt. Im Laufe des Abends wird sie sich immer mal wieder entladen und dann wieder aufladen. Besonders dann, wenn es um den Alltag geht. Einkaufen, Busfahren und zum Arzt gehen zum Beispiel.

Die Initiative gegen das Chipkartensystem und der Migrationsbeirat Spandau hatten eingeladen, denn Spandau ist mit Reinickendorf einer von zwei Berliner Bezirken, die noch immer nicht auf die diskriminierenden Chipkarten verzichten, die Flüchtlinge, zwingen in bestimmten Läden einzukaufen. Alle Parteien aus der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) waren gekommen. Die Mehrheit aus CDU und FDP in der Spandauer BVV hält an dem System der Chipkarten fest, die Vertreterinnen von der Linkspartei und den Grünen sowie der Vertreter der SPD wollen sie abschaffen.

Während Menschen von ihren Lebensbedingungen erzählen, von Diskriminierung an der Supermarktkasse, den ewig langen Wegen, weil sie kein Geld für Fahrkarten haben oder den so genannten Schleppern, die ihnen aber nun einmal das Leben gerettet haben, sitzen mit Kai Gersch (FDP) und Arndt Meißner (CDU) zwei BVV-Vertreter auf dem Podium, die voller Überzeugung das Gegenteil behaupten. Deutschland sei ein liberales und offenes Land, in das jeder kommen könne und in dem man Flüchtlinge durch Chipkarten vor sich selbst schütze. Schließlich würden sie so das Geld nicht vertrinken oder müssten es der Schleppermafia geben. Die Reaktionen aus dem Publikum sind hilflos und verzweifelt angesichts dieser Ignoranz.

Dabei erhalten die Betroffenen auch Unterstützung vom Podium. Von Angelika Höhne (Grüne) zum Beispiel, die sechs Monate lang Flüchtlinge beim Einkaufen begleitet hat. In Spandau bekommen etwa noch 70 Flüchtlinge Chipkarten, fast alle, weil ihnen unterstellt wird, nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland geflohen zu sein. Da Flüchtlinge in Berlin noch immer nicht nach dem Wohnortprinzip betreut werden, müssen sie oft weite Wege in Kauf nehmen. Denn verteilt werden sie über die Berliner Sozialämter nach ihren Geburtsdaten. So müssen viele zunächst in Spandau die Karte abholen, mit der sie aber in diesem Bezirk nur in einem Laden einkaufen können. Insgesamt gibt es in Berlin noch 24 Läden, in denen mit der Chipkarte Lebensmittel eingekauft werden können und nur zwei Apotheken. Doch es geht auch darum, was Flüchtlinge mit

diesen Karten eben nicht machen können: Rechtsanwälte bezahlen, Telefongespräche führen, Briefmarken oder eine Zeitung kaufen.

Seit der Einführung der Chipkarten 1998 haben Flüchtlingsinitiativen und antirassistische Gruppen immer wieder mit Aktionen für deren Abschaffung gekämpft. In Berlin und Brandenburg mit Erfolg: Nachdem im Juli 2003 die Landessozialverwaltung von Berlin ihren Vertrag mit SODEXHO, der Firma, die auch in Spandau und Reinickendorf die Chipkarten vergibt, gekündigt hatte, schlossen sich andere an: Die Bezirke Mitte und Tempelhof-Schöneberg zahlten fortan Bargeld aus, in Wilmersdorf-Charlottenburg kam ein Vertrag nicht mehr zustande.

Auch in Brandenburg war es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protesten gegen Chipkarten und andere Sachleistungssysteme wie Gutscheine oder Lebensmittelpakete gekommen. So hatten 2004 Flüchtlinge in einem Wohnheim in Kunersdorf die Neuaufladung ihrer Chipkarten verweigert. In einer kollektiven Protestaktion blockierten sie kurze Zeit das Heim, verweigerten die Annahme, demonstrierten vor dem einzigen Geschäft in der Nähe, das Karten nimmt, und zogen vors Rathaus.

Eine andere Aktion sei die Möglichkeit, Chipkarten abzukaufen oder Patenschaften zu übernehmen, so eine Vertreterin der Chipkarteninitiative. So erhalten die Flüchtlinge Bargeld und könnten dort einkaufen, wo sie wollen. In Berlin ist ein solcher Tausch über die Chipkarteninitiative möglich. Allerdings gebe es immer mehr Chipkarten und Gutscheine im Angebot als Nachfragen durch Unterstützer.

Im Saal des Spandauer Kulturhauses hält die gespannte Stimmung bis zum Schluss an. Immer wieder entlädt sie sich in einer an diesem Abend oft gerufene Forderung: »Machen Sie endlich mit dieser Diskriminierung Schluss.«

Quelle:

<http://www.neues-deutschland.de/artikel.asp?AID=79823&IDC=41>

9) Beschränkter Einkauf mit der Chipkarte

Nur in Reinickendorf und Spandau gibt es noch immer die Chipkarte für Flüchtlinge. Deshalb können sie nur mit der Karte einkaufen statt mit Bargeld. CDU und FDP finden das gut. Ein typischer Fall von Diskriminierung, meinen Flüchtlingsvertreter von Jörg Meyer

Bereits im Sommer des Jahres 2003 hatte die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS) die Abschaffung der 1998 von der CDU eingeführten Chipkarten und die Rückkehr zur Auszahlung von Bargeld für Flüchtlinge in Landesobhut angeordnet. Die Bezirke konnten selber über die Umstellung entscheiden. Beinahe alle folgten dem Senat und zahlen seit langem wieder Bargeld aus. Nur in Reinickendorf und Spandau, wo es eine CDU beziehungsweise CDU/FDP-Mehrheit in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gibt, wird die Karte nach wie vor an Flüchtlinge ausgegeben.

Arndt Meißner (CDU), BVV-Abgeordneter in Spandau, sagte letzte Woche am Rande einer Diskussionsveranstaltung, dass seine Fraktion die Chipkarte verteidige, weil sie ein wirksames Instrument gegen Missbrauch sei, "damit nicht irgendwann jemand sagt: Jetzt alle raus". So wolle man auch dem Stigma, das AsylbewerberInnen anhaftet, entgegenwirken. Zudem könne man mit der Vergabe von Sachleistungen statt Bargeld verhindern, dass Flüchtlingen das Geld von "Schlepperbanden" wieder abgenommen werde, oder dass die Väter von Flüchtlingsfamilien es in die Kneipe trügen.

Meissner und sein BVV-Kollege Kai Gersch (FDP) argumentieren streng nach Gesetzeslage. Dass weniger als drei Prozent der AsylbewerberInnen von den Gerichten anerkannt würden, sei schließlich ein Beweis dafür, dass viele "unberechtigt" nach Deutschland kämen.

Die "Initiative gegen das Chipkartensystem" sieht das anders. Sie fordert seit Jahren die Abschaffung der Karten. Seit dem Jahr 2001 organisiert sie, dass Chipkarten von PatInnen übernommen werden und den Flüchtlingen das Geld ausgezahlt wird. Die Initiative hält der CDU und FDP entgegen, dass die Anerkennungsquote viel höher wäre, wenn Asylsuchende einen Anwalt für das Verfahren hätten. Dazu fehle vielen das Geld.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten AsylbewerberInnen im laufenden Asylverfahren und "geduldete" Flüchtlinge Sachleistungen statt Bargeld. Mit der Chipkarte können sie Lebensmittel, Körperpflegeartikel und Haushaltsgegenstände einkaufen. In ganz Berlin gibt es nach Angaben der Chipkarten-Initiative nur 24 so genannte Akzeptanzstellen. Was die Flüchtlinge dort einkaufen können, liegt im Ermessen der Kassiererinnen in diesen Läden. Von den 41 Euro "Taschengeld" im Monat müssen sie auch die Fahrtkosten zahlen, um zu diesen Läden zu gelangen.

Wegen der einseitigen Vergabe an ausschließlich Nichtdeutsche bezeichnet die Chipkarten-Initiative das System als rassistische Diskriminierung. Die Initiative kritisiert, dass die Chipkarte eine Bevormundung der AsylbewerberInnen darstelle, da sie nicht selbst über ihre täglichen Bedürfnisse entscheiden können. Weitere Kritikpunkte seien "die Stigmatisierung an den Ladenkassen und das vermittelte Misstrauen", da den Flüchtlingen prinzipiell unterstellt werde, sie seien bloß zum Bezug von Sozialleistungen nach Deutschland gekommen.

Das System sei auf eine Ausgrenzung von AsylbewerberInnen angelegt, meint auch Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin. "Zwar zahlen über neunzig Prozent aller Kommunen in Deutschland Bargeld aus, einen Rechtsanspruch darauf haben Flüchtlinge jedoch nicht."

VertreterInnen des Migrations- und Integrationsbeirates, der Chipkarten-Initiative und der anderen BVV-Fraktionen setzen sich in Spandau für die Abschaffung der Karte ein. Angelika Höhne (Grüne) kritisiert die CDU scharf: "Wenn man schon mit Gesetzen argumentiert, dann muss man die auch kennen." Es gehe nicht an, sagt sie, das Meissner von einer "Generalprävention Missbrauch" spräche, da in Deutschland noch immer die Unschuldsvermutung gelte.

Die Chipkarten-Initiative sucht weiter PatInnen für die noch rund 70 betroffenen Flüchtlinge.

taz Berlin lokal Nr. 7805 vom 28.10.2005, Seite 24, 131 Zeilen (TAZ-Bericht), von Jörg Meyer

Quelle:

<http://www.taz.de/pt/2005/10/28/a0234.nf/text>